Die „sächsische“ Revolution von 1989 – ein städtisches Ereignis

Karlheinz Blaschke

In: Bernhard Kirchgässner/ Hans-Peter Becht (Hrsg.):
Stadt und Revolution.
(Stadt in der Geschichte, Bd. 27)
Stuttgart, Thorbecke Verlag, 2001, ISBN 3-7995-6427-6,
S. 109 – 124.

I.

Wenn im Rahmen einer Tagung über südwestdeutsche Stadtgeschichtsforschung das oben stehende Thema behandelt wird, dann ist eine Erklärung über die drei darin enthaltenen Hauptpunkte angebracht: Was ist unter Revolution zu verstehen, was heißt „sächsisch“ und wie fügt sich städtisches Wesen in dieses Thema ein?

Der Begriff der Revolution scheint eindeutig zu sein, tatsächlich wird er aber mit unterschiedlichen Inhalten gefüllt und infolge des häufigen Gebrauchs auch verwässert. Er hat sich als so griffig erwiesen, dass er auf alle möglichen Vorgänge politischer Veränderung angewandt wird, die es mit einem Druck aus dem Volk auf die Herrschenden zu tun haben, und dass er sogar in der Form der Revolution von oben erscheint, was nun zweifellos nichts mit seinem ursprünglichen, seinem „klassischen“ Sinn zu tun hat. Es sollte darüber Einigkeit bestehen, dass eine Revolution eine tief greifende Umwälzung der politischen und sozialen Verhältnisse unter Anwendung von Gewalt anstrebt und nach Möglichkeit auch durchsetzt, wobei blutige Kämpfe und Zerstörungen zumeist unvermeidlich sind und die Inhaber der Macht ausgewechselt werden. Zu einer Revolution gehören ein Programm, ein Führer oder eine Führungsgruppe, ein Wille zum Sieg und eine breite Zustimmung in der Masse. Zu einer „richtigen“ Revolution gehört in der Regel der Sieg. Die französische Revolution von 1789 und die russische Revolution von 1917 entsprachen diesem Typ am reinsten.

An ihnen gemessen fehlte den deutschen Revolutionen von 1848 und 1918 das eine oder das andere Element, denn die eine hatte keinen Erfolg und die andere verlief weitgehend ohne Gewalt. Auf die friedliche Revolution des Volkes im Jahr 1989 angewandt, müsste die Frage gestellt werden, ob es sich dabei um eine echte, eine „wirkliche“ Revolution gehandelt hat. Man kann sich die Antwort darauf leicht machen und sagen, vom Verlauf her sei es keine, vom Ergebnis her aber doch eine Revolution gewesen. Der Erfolg beherrscht jedenfalls in so hohem Maße die Einschätzung des ganzen Vorgangs, dass sich seine Beurteilung als Revolution durchgesetzt hat und sie von Anfang an als solche empfunden worden ist. Dabei stört freilich im Vergleich zu den klassischen Revolutionen ihre Kennzeichnung als friedlich. Aber möglicherweise liegt gerade darin etwas Neues, das in die Zukunft weisen könnte. Die gewaltfreie Revolution wäre dann als neue Methode einer politisch gereiften Gesellschaft zu bezeichnen, mit deren Hilfe unerträglich gewordene Formen der Machtausübung beseitigt werden, ohne in den hochkomplizierten sozialen Systemen der Industriegesellschaft materielle Schäden und Energieverluste zu verursachen. Es wäre ein Gewinn für die politische Kultur der Zukunft, wenn die friedliche Revolution des Jahres 1989 eine Vorbildwirkung erzielt haben könnte.

An zweiter Stelle ist auf die Kennzeichnung der Revolution als „sächsisch“ einzugehen, wobei das Eigenschaftswort bewusst in Anführungsstriche gesetzt worden ist. Eine solche Betonung des geographischen Ursprungsherdes ist bisher nirgends anzutreffen. Sie ergibt sich aber aus dem Ursprung, der Entstehungsgeschichte und den frühen Phasen des Verlaufs. Es ist unbestritten, dass die Umwälzung im Herbst 1989 mit ihren schließlich ganz Osteuropa erfassenden Folgen tiefere Ursachen hatte. Dazu gehört die Auflockerung der harten Unterdrückungspolitik der SED gegen die Bevölkerung der DDR als Folge der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa 1975 und in noch stärkerem Maße die Politik Gorbatschows mit Glasnost und Perestroika seit 1985. Beide Anstöße von außen verstärkten den Ausreisedruck auf das SED-Regime, das einerseits verunsichert wurde, andererseits aber im Gefühl der Schwäche zu verstärkten Repressionen griff. Diese Gesamtlage ermutigte kritische Kräfte im Lande, die sich als Bürgerrechtler und in kirchlichen Gruppen zusammenfanden, wobei Ost-Berlin schon wegen seiner Nähe zu West-Berlin ein bevorzugter Ort der Aktivität war. Es lässt sich denken, dass diese Entwicklung bald einmal in eine Bewegung zur Reform der DDR in Richtung auf einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz eingemündet wäre, möglicherweise auch mit einer neuen Verfassung und Elementen eines Parlamentarismus, aber auf der Grundlage der auch vorhanden gewesenen reformerischen Kräfte innerhalb der SED und ohne deutsche Wiedervereinigung. Der von Berliner Persönlichkeiten getragene Aufruf „Für unser Land“ vom November 1989 kann etwa die Richtung andeuten, die dann eingeschlagen worden wäre.

Hinter den durchaus beachtenswerten, wirkungsvollen und mutigen Aktivitäten in Berlin standen einzelne Persönlichkeiten und kleinere Gruppen von Intellektuellen, die zwar in der Bevölkerung und namentlich unter Jugendlichen stärkere Beachtung und auch Mitstreiter fanden, denen aber doch die Massenbasis fehlte. Das muss als ein ganz wesentlicher Unterschied zu den Vorgängen in Leipzig und Dresden festgehalten werden, denn in den beiden sächsischen Großstädten gingen die Massen schon seit den ersten Septembertagen auf die Straße. Als am 4. November in Berlin die erste große Massenversammlung stattfand, waren die Demonstrationen in Leipzig und Dresden mit stets anschwellender Teilnehmerzahl bis zu sechsstelliger Höhe bereits zur allwöchentlichen Routine geworden.

Die Vorgänge in Berlin und in Sachsen ereigneten sich in dem gleichen Lande unter den gleichen restriktiven Bedingungen und in gegenseitiger Kenntnisnahme, wofür schon die ständigen Beziehungen zwischen den evangelischen Kirchenleitungen und die vielfachen Begegnungen von Pfarrern und Gemeindegliedern der evangelischen Kirche sorgten. Vielleicht trifft das Bild von den kommunizierenden Röhren zu, um den Zusammenhang zwischen den beiden Handlungsfeldern zu kennzeichnen, doch muss von je eigenen Ursprüngen ausgegangen werden. Anders als in Ost-Berlin fehlte in Sachsen die Stimulierung durch die Nähe West-Berlins, so dass es darauf ankommt, die hier wirksam gewesenen Antriebe aufzudecken.

Sachsen ist das Ursprungsland der lutherischen Reformation. Die Bewohner des Landes sind seit der Mitte des 16. Jahrhunderts durch alle Generationen hindurch im Geiste lutherischer Weltsicht gebildet und erzogen worden und haben eine Prägung erlebt, die auch nach dem drastischen Rückgang der Kirchlichkeit infolge der massiven atheistischen Beeinflussung in der DDR noch nachwirkte. Das lutherische Erbe war hier lebendig geblieben, die lutherische Theologie hatte das Gefühl für die Weltverantwortung des Christen bewahrt, das durch den Kirchenkampf im Dritten Reich mit der richtungweisenden Barmer Erklärung der Bekennenden Kirche von 1934 geschärft worden war und bis in die Wirklichkeit der „Kirche im Sozialismus“ hineinreichte. Die sächsische Landeskirche vollzog die schwierige Gratwanderung zwischen Kollaboration und Konfrontation mit der Staatsmacht eindeutiger als andere Landeskirchen in der DDR und bewahrte sich in kritischer Loyalität gegenüber dem Staat einen Handlungsspielraum, in dem sie zum Wegbereiter der Revolution werden konnte, ohne es zu beabsichtigen.

Sie ist in diese Rolle unter dem Eindruck der Entwicklung hineingewachsen. Im Zusammenhang mit der Ausbürgerung von Wolf Biermann 1976 äußerte Landesbischof Hempel die Meinung, die Kirche besitze kein politisches Mandat. Das ändere sich später zu der Formel vom begrenzten politischen Mandat der Kirche, das sie unter dem Gebot der Weltverantwortung schließlich annahm. Sie wurde in der Tradition des mittelalterlichen Kirchenasyls im übertragenen Sinne zum Zufluchtsort für widerständiges Verhalten und Nonkonformismus und sie war die einzige Einrichtung in der DDR, die dazu die Voraussetzungen besaß.

Das ist nicht nur in Bezug auf Geist und Gesinnung gemeint, sondern auch auf die materiellen Möglichkeiten. Die evangelische Landeskirche Sachsen besaß als die größte in der DDR noch ihre seit Jahrhunderten gewachsene, kaum verminderte Organisation mit einem dichten Netz von Gemeinden, Kirchengebäuden und Gemeindehäusern, mit einem immer noch ansehnlichen Bestand an Pfarrern, Kantoren, Jugendwarten und Gemeindehelferinnen, mit zahlreichen über das Land verstreuten Rüstzeitheimen und diakonischen Einrichtungen und einer eigenen theologischen Ausbildungsstätte in Gestalt des Theologischen Seminars Leipzig. Damit verfügte sie über eine zwar vom staatlichen Sicherheitsapparat argwöhnisch überwachte, ansonsten aber von staatlichen Eingriffen freie Struktur, in der sich die widerständigen Kräfte einrichten konnten.

Sie kamen zunächst aus der Kirche und vor allem aus der kirchlichen Jugend selbst, weil diesen Menschen der Widerspruch zwischen dem biblisch-christlichen Welt- und Menschenbild und den Verhältnissen im realen Sozialismus allzu deutlich geworden war, um ihn widerspruchslos hinzunehmen. In den letzten Jahren der DDR drängten in zunehmendem Maße Menschen ohne kirchliche Bindung unter das Dach der Kirche, um sich im Schutz dieser einzigen noch bestehenden freien Organisation zusammenzufinden, sich auszutauschen und gemeinsame politische Ziele anzustreben. Das betrifft besonders diejenigen Bewohner der damaligen DDR, die auf diese Weise ihre Ausreise hofften erreichen zu können. Für die Kirchenleitungen war der Umgang mit solchen unkirchlichen Gruppen besonders schwierig, weil sie damit dem Staat gegenüber in ihrer geduldeten Rolle als Gemeinschaft gläubiger Menschen unglaubhaft und verdächtigt wurden, zur Basis einer politischen Opposition zu werden.

Die sächsische Landeskirche hat diese Zerreißprobe durchgestanden, indem sie einerseits die radikale Konfrontation mit der Staatsgewalt vermieden und ihre Eigenschaft als Gemeinschaft von Christen mit den entsprechenden Organisationsformen bewahrt hat, während sie sich andererseits in weitestmöglichem Maße für von außen andrängende Menschen offenhielt, sofern dies nur in eine mindestmögliche Verbindung mit einem geistlichen Anliegen zu bringen war. Die damals viel gebrauchte Formel „Kirche ist für alle, aber nicht für alles da“, drückte die seelsorgerliche Zuwendung zum einzelnen Menschen aus, auch wenn er kein steuerzahlendes Kirchenmitglied war, legte die Kirche aber in aller Deutlichkeit auf ihren geistlichen Zweck fest. Damit ist aber wiederum die Frage nach der Spannweite kirchlicher Zuständigkeit ganz wörtlich über die Kirchenmauern hinaus in die Welt, in die Gesellschaft und auch in die Politik gestellt. In dieser Hinsicht nahm die lutherische Theologie eine völlig andere Stellung als etwa die russisch-orthodoxe Kirche ein, was sich unter anderem in der ökumenischen Zusammenarbeit beider christlicher Kirchen deutlich äußerte.

Der ökumenische Zusammenschluss der Kirchen ist aus den bösen Erfahrungen mit den Diktaturen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erwachsen. Da sich die römisch-katholische Kirche nicht daran beteiligte und die meisten orthodoxen Kirchen wegen ihrer Lage im Ostblock nur wenig Bewegungsfreiheit besaßen, fiel den „westlichen“ protestantischen Kirchen die führende Rolle zu. Zu diesen gehörten ihrer Tradition nach die evangelischen Kirchen in der ehemaligen DDR, die aber den orthodoxen in Bezug auf die praktischen Behinderungen gleichgestellt waren. Für die Kirchenpolitik der SED brachte die Teilnahme der DDR-Kirchen ständig neue Entscheidungen zwischen Skylla und Charybdis mit sich. Einerseits war sie um ihres internationalen Ansehens und um des Ziels der diplomatischen Anerkennung der DDR am Auftreten dieser Kirchen auf internationaler Ebene interessiert, auf

der anderen Seite war es klar, dass alle internationalen Kontakte der evangelischen Kirchen deren Selbstbewusstsein auch gegenüber dem Regime stärkten und unerwünschte Einflüsse in das Land brachten.

Die SED hat offenbar die Wirkung der ökumenischen Bewegung auf die ihr unterworfenen Kirchen unterschätzt, denn tatsächlich war deren offizielle und gleichberechtigte Einbindung in diese Weltgemeinschaft der Kirchen eine starke Hilfe zur Selbstbehauptung, zur Orientierung an der gesellschaftlichen Entwicklung in der westlichen Welt und zur Weiterentwicklung der evangelischen Theologie unter den Bedingungen der Industriegesellschaft, der globalen Konfrontation zwischen den Machtblöcken und der Herausforderung durch die atheistische Ideologie und Staatsmacht. Es waren zwar stets nur wenige Theologen und noch weniger kirchlich aktive Laien, die vom Staat die Genehmigung zur Teilnahme an ökumenischen Veranstaltungen in westlichen Ländern erhielten, aber von diesen wenigen gingen ganz schnell starke Wirkungen in die Breite aus, weil die Kirche mit ihrem Informationssystem weit hinaus in das Land wirken konnte. Dazu brachten die ökumenischen Beziehungen Besuche ausländischer Kirchenleute und Theologen, die in Gottesdiensten und Vorträgen zur Aufmunterung des Kirchenvolks in den Gemeinden und zur Weiterbildung der Theologen und des theologischen Nachwuchses dienten. Jeder ökumenische Gast in den Kirchen der DDR wirkte wie ein Brecheisen gegen die ideologischen Mauern in der DDR.

Das wurde an den Auswirkungen des 1983 in Vancouver eingeleiteten Konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung besonders deutlich, der von den evangelischen Kirchen der DDR bereitwillig aufgenommen und von ihren Mitgliedern maßgeblich mitgetragen wurde. Die in diesem Programm enthaltenen drei Begriffe rührten an Grundlagen von Theorie und Praxis des SED-Regimes. Die Forderung nach Gerechtigkeit schloss die Gewährung der Menschenrechte ein, war mit der marxistischen Auffassung vom Recht als Instrument des Klassenkampfes unvereinbar und brandmarkte die zur Herrschaftspraxis der SED gehörende Rechtsbeugung, wie sie mit der notorischen Abhängigkeit der Gerichte von Weisungen der Partei gang und gäbe war. Mit dem Frieden war eine andere Art von Frieden gemeint, als er in der DDR propagiert und praktiziert wurde, nicht ein staatlich verordneter und inhaltlich festgelegter Friede, der vor dem Dogma des Klassenkampfes und der ständig eingeschärften Feindschaft gegen die kapitalistische und imperialistische Bundesrepublik sowieso unglaubhaft war, sondern ein echter Friede des Herzens, der auch die Meinung des anderen gelten lässt. Die Bewahrung der Schöpfung stand in scharfem Gegensatz zur bedingungslosen Forschrittsgläubigkeit, mit der die hemmungslose Wirtschaftspolitik der SED die natürlichen Lebensgrundlagen ausbeutete, das Ackerland durch Überdüngung schädigte, die Wälder durch Industrieabgase vernichtete und mit riesigen Braunkohletagebauen ganze Landschaften zerstörte. Dieses in der Kirche aufgewachsene Programm war eine schreiende Anklage gegen das herrschende Regime und seine dogmatischen Grundlagen.

Die Einschaltung der evangelischen Kirche in der DDR in den Konziliaren Prozess verschaffte ihnen „horizonterweiternde Impulse“ und wurde „zu einem Sprengsatz, der die DDR-Wirklichkeit aufbrechen half“. Im Februar 1988 fand unter maßgeblicher Leitung des Dresdner Superintendenten Christof Ziemer eine Konziliare Versammlung statt, auf der in der Kreuzkirche anklagende „Zeugnisse“ über Verletzungen des ökumenischen Programms vorgestellt wurden. Sie hatten eine starke Wirkung auf die kritische Öffentlichkeit, besonders auf die Jugend, und gaben Anlass zu Gruppenbildung und Organisierung unter dem Dach der Kirche.

Dresden war bereits seit 1982 ein Ort jährlich wiederkehrender Friedensdemonstrationen, die im Rahmen der evangelischen Kirche zum Gedenken an die Zerstörung der Stadt am 13. Februar 1945 stattfanden. Während die SED-Propaganda dieses Ereignis zu „antiimperialistischer“ Agitation gegen die USA und Westdeutschland benutzte, ging es hier um den Frieden an sich und ohne Bedingungen, wobei unausgesprochen auch die Kritik an der Militarisierung des öffentlichen Lebens in der DDR einbezogen war. Dabei wurden erstmals

von den Demonstranten in großem Umfang in den Abendstunden Kerzen an der Ruine der Frauenkirche aufgestellt. Der Sinn dieser Demonstration war es, von der bloßen Erinnerung an die Zerstörung der Stadt zur Ermahnung überzugehen. In den folgenden Jahren wurden in der evangelischen Kreuzkirche und der katholischen Hofkirche an diesem Gedenktag stark besuchte Gottesdienste zur Mahnung an den Frieden abgehalten. Ebenfalls im Jahre 1982 begannen in der Leipziger Nikolaikirche die regelmäßig am Montagabend stattfindenden Friedensgebete, in denen sich ein deutliches Unbehagen an der von der SED für ihre Zwecke gesteuerten Friedenspropaganda äußerte. So wurden Dresden und Leipzig zu Kristallisationspunkten für widerständiges Verhalten und Nonkonformismus. Diese Aktivitäten waren nicht von außen eingeführt, nicht von anderen Vorbildern übernommen, sondern aus den kirchlichen Kräften beider Städte selbst entstanden. Sie vollzogen sich friedlich und ohne jeden Gedanken an Gewalt, eben typisch sächsisch. Hier wuchs in den achtziger Jahren ein Potential an Kräften heran, die nach Veränderung drängten. Was sich daraus entwickeln konnte, sollte von den sich verändernden Bedingungen der politischen Umwelt abhängen.

Neben dem sächsischen steht in der Überschrift der städtische Charakter der Revolution von 1989. Beide Eigenschaften gehören in diesem Falle eng zusammen, denn Sachsen hat eine frühe und starke Verstädterung erlebt. Mit einem Drittel an Stadtbewohnern bereits im 16. Jahrhundert dürfte es das am stärksten urbanisierte Gebiet in Deutschland gewesen sein. Städtisch-bürgerliches Wesen trägt die Tradition von Selbstverwaltung, Selbstbestimmung und Eigenverantwortung in sich, es bringt zivilen Geist und liberale Gesinnung mit sich, städtisches Leben erzeugt Bildung, eigene Meinung und Urteilsfähigkeit. Zu den bürgerlichen Tugenden gehört die Fähigkeit zum Widerspruch. Die Stadt ist seit jeher ein Herd der Veränderung und der Unruhe gewesen und sie ist selbst ein Ergebnis grundlegender Veränderungen: Die Entstehung der ersten Städte im Vorderen Orient vor 5000 Jahren wird als „städtische Revolution“ bezeichnet. Gegenüber dem Dorf war die Stadt eine völlig neue Lebensform, aus ihr ging vor 200 Jahren mit der industriellen Revolution die Industriegesellschaft hervor, mit der die Arbeiterbewegung und der Sozialismus als revolutionäre Kräfte geboren wurden. Die Zusammenballung von Menschen erzeugt Arbeitsteilung, soziale Spannungen und politischen Druck, der nach Entladung drängt, sie ist andererseits aber auch eine Grundlage für geistige Leistungen und kulturellen Fortschritt, worin sich die intellektuellen Kräfte höher entwickeln können. Bürgerlicher Geist hat Protestbewegungen gegen Unterdrückung und Lüge hervorgebracht und zum Nachdenken über die eigene Lage geführt, woraus sich Antriebe zur Veränderung durch den Geist und durch das Wort ergaben.

Die *coniuratio civium*, die Schwurgemeinschaft der Bürger, steht im 11. und 12. Jahrhundert am Anfang der europäischen Stadtgeschichte. Sie entstand aus der Solidarität Gleichgesinnter und in der Abwehr einer unerträglich gewordenen feudalen Herrschaft. Die Reformation des 16. Jahrhunderts ist als ein „urban event“, ein städtisches Ereignis aus der sozialkulturellen Kraft des mitteldeutschen Bürgertums erwachsen. Sie hat in diesem Raum ihre erste Entfaltung erlebt und eine frühe Alphabetisierung in Gang gebracht, die eine breite Bildung hervorgerufen hat. Aus ihr entstand die Aufklärung des 18. Jahrhunderts als eine wesentlich von den mitteldeutschen und das heißt lutherischen Universitäten getragene Geistesbewegung. Hier ist aber auch die sächsisch-thüringische Musikkultur aufgewachsen, in der sich die Kirchenmusik bis zum heutigen Tag ihre Bedeutung erhalten hat. Auch zu DDR-Zeiten füllten die Aufführungen des Weihnachtsoratoriums und der Passionsmusiken Johann Sebastian Bachs die Kirchen in den sächsischen Städten mit Menschen, die zur christlichen Religion keine innere Beziehung mehr hatten. Aber sie nahmen die Kirchenmusik als Angebot einer alternativen Kultur an und lernten ein Kirchengebäude von innen als Erlebnisort einer anderen Wirklichkeit kennen. So waren sie an den Kirchenbesuch gewöhnt, als er im Herbst 1989 plötzlich zur Massenerscheinung wurde. Johann Sebastian Bach als Wegbereiter der „sächsischen“ Revolution?

II.

Über die friedliche Revolution des Jahres 1989 ist in den seither vergangenen zehn Jahren so viel veröffentlicht wurden, dass es hier nicht darauf ankommen kann, die bekannten Tatsachen zu wiederholen. Es geht vielmehr um eine neue Deutung, wie sie bisher nicht angeboten worden ist, und um ein neues Licht auf die Triebkräfte, über deren tieferen Ursprung noch weiter nachgedacht werden kann. Die inzwischen längst wieder verstummte Rede von der „Heldenstadt" Leipzig hätte doch die Frage aufwerfen müssen, warum gerade in dieser Stadt eine breite Protestbewegung anschwoll, die das Ende des SED-Regimes herbeiführte. Warum stand nicht Ost-Berlin an der Spitze, das im unmittelbaren Wirkungsbereich von Westberlin dazu doch die besseren Voraussetzungen hätte besitzen müssen? Es gab in der ehemaligen DDR 14 Bezirkshauptstädte und große Industriereviere mit Zusammenballung von Zehntausenden von Arbeitern, in denen am 17. Juni 1953 an vielen Orten der mächtige Protest aufgeflackert war. Damals ging es um einen akuten Notstand, dessen Behebung den Arbeitern auf den Nägeln brannte, im Herbst 1989 ging es aber um eine in Jahren aufgewachsene, tief gegründete Abneigung gegen das unerträglich gewordene Regime, die im geistigen Bereich und im bürgerlich-liberalen Denken ihren Ursprung hatte und auf geistlich-theologischen Grundlagen aufbauen konnte, die sich aus der in Sachsen noch lebendigen lutherischen Tradition ergaben. Es wäre vergebliches Bemühen, alle diejenigen Argumente zusammenklauben zu wollen, aus denen sich ein original sächsischer Charakter der Revolution zwingend ableiten und sich die Behauptung aufstellen ließe, dass diese Revolution eben nur in Sachsen wie ein Hefeteig aufgehen konnte. Es ist aber unbestreitbar, dass sie von Leipzig und Dresden ausgegangen ist, dass in diesen beiden Städten modellhaft die Verhaltensweisen entwickelt, erprobt und erfolgreich angewandt worden sind, mit denen sie von hier aus auf andere Städte und andere Gebiete eben als eine sächsische Revolution übertragen werden konnte.

Über die Vorbildwirkung Sachsens sagten im Januar 1990 zwei Teilnehmer an Demonstrationen in Rostock Folgendes aus: „Als wir am 26. Oktober zum Friedensgebet gingen, war uns allen klar, dass es danach wieder eine Demo geben würde. Da war etwas ganz Wichtiges geschehen. Es hatte sich Verantwortung herausgebildet und ein Weg gezeigt, wie sie wahrgenommen wird. Von den Leipzigern und Dresdenern wussten wir, wie gefährlich die ganze Situation ist. Wir hatten aber von den Sachsen auch gelernt, dass Demos gewaltfrei ablaufen können. In Rostock hatten wir allerdings das Gefühl, in der Entwicklung zwei bis drei Wochen hinterherzuhinken. Das hat ja auch in der DDR zu einer Nord-Süd-Spannung geführt. – An einen Eisenbahnwagen, der aus dem Süden kam, hatten Sachsen geschrieben: Mecklenburger, wacht auf! – Diesen Erwartungsdruck haben wir alle gespürt und uns gefragt: Was ist denn nun eigentlich hier los, warum geht es hier nicht los? Rostock ist immerhin eine Universitätsstadt. Die Trägheit empfanden wir als Schlappe denen im Süden gegenüber. Als dann die Demos losgingen, war das wie eine Befreiung für uns."

In Schwerin beschloss der Sprecherrat des Neuen Forums am 18. Oktober 1989, auch in dieser Stadt müsse das Volk jetzt auf die Straße, „Mecklenburg muss aufwachen". Die erfolgreiche Demonstration am 23. Oktober, die im Anschluss an das Friedensgebet im völlig überfüllten Dom zustande kam, brachte 60.000 – 70.000 Menschen auf die Beine, „Mecklenburg ist aufgewacht", stellte der Berichterstatter erleichtert fest. Als das endlich geschah, hatte Dresden bereits die dramatischen Ereignisse beim Durchfahren der Prager Botschaftsflüchtlinge am 9. Oktober und Leipzig seine unter Hochspannung verlaufene Demonstration vom gleichen Tage hinter sich, als dort „die Luft brannte" und das „Wunder von Leipzig" gewaltlos verlief. Die Zeugnisse aus Mecklenburg sprechen doch wohl für gewisse Unterschiede in der Mentalität zwischen dem Norden und dem Süden in der damaligen DDR. Es ist das Besondere an dieser Revolution, dass sie kein Zentrum und keine Führung hatte, sondern sich von den Anfängen in Sachsen flächenhaft ausbreitete. Dabei gab es drei in Leipzig und Dres-

den von Anfang an aufgetretene Merkmale: Sie erfasste die Massen, sie beherrschte die Straßen und sie verlief gewaltlos. Die Revolutionsgeschichte dürfte nicht viele Parallelfälle dieser Art aufzuweisen haben.

Die Einschätzung dieser Revolution als „sächsisch" rechtfertigt sich durch ein Bündel von Umweltbedingungen und Voraussetzungen, wie sie oben genannt worden sind und hier nochmals zusammenfassend aufgeführt werden sollen: Bürgerlichkeit, Urbanität, zivile Gesinnung, Besonnenheit, liberale Grundhaltung, Toleranz, Bildungshorizont, Kulturbewusstsein, bürgerlich-gemeinschaftliches Handeln und vor allem Scheu vor der Gewaltanwendung. Es mag ein fragwürdiges Unternehmen sein, zwischen den deutschen Stämmen Unterschiede in Charakter und Mentalität herausfinden zu wollen, aber Härte dürfte nicht zu den hervorragenden Eigenschaften der Sachsen gehören.

Viele Betrachtungen über die friedliche Revolution bezeichnen die Gewaltlosigkeit als ein Wunder, aber Wunder gibt es nur im Märchen und in den biblischen Geschichten. Man kann dieser Revolution in ihren Ursprüngen, ihrem Ablauf und ihrem tiefsten Anliegen nur gerecht werden, wenn man ihre geistliche Dimension und ihre Verankerung in der evangelischen Kirche bedenkt. Die französische Revolution von 1789 ist aus der Versammlung der Generalstände in das Volk hinausgegangen, die belgische von 1830 aus dem Opernhaus in Brüssel nach einer freiheitstrunkenen Opernaufführung, die sächsische von 1989 ist aus den Kirchen hinaus auf die Straßen gegangen und hat damit etwas vom Geist der Versöhnung eines Jesus von Nazareth mitgenommen, der ihr bis zum Ende erhalten geblieben ist. Die Aufforderung „Keine Gewalt!" hat offenbar auch auf die Sicherheitskräfte auf der anderen Seite so zwingend gewirkt, dass sie diesem Gebot Folge leisten mussten.

Im Jahre 1989 gab es in der DDR seit 37 Jahren keine Länder mehr, nur die sächsische Landeskirche konnte als territoriale Einheit und Summe von Kirchgemeinden als Trägerin einer sächsischen Identität angesehen werden. Sie hatte dazu keinen Auftrag, sie hat die Revolution nicht organisiert, aber sie musste Stellung beziehen und mit ihren Amtsträgern dort einsatzbereit sein, wo die Menschen es von ihr erwarteten. Sie gab den Rahmen für das Geschehen ab, ihre Kirchenleitung war in hohem Maße gefordert, weil sie eine aus der volkskirchlichen Tradition stammende Autorität in der Gesellschaft besaß, die mit einem Male neu bestätigt wurde. Das Schwergewicht der Wirksamkeit lag aber in den Kirchgemeinden und bei den Ortspfarrern, die weder auf Revolution noch auf politische Leitungsaufgaben studiert hatten, von denen aber nun Führung erwartet wurde. Die Bürgergemeinde war in der christlichen Gesellschaft von einst stets auch Kirchgemeinde, die Stadtkirche war das Haus der Gemeinschaft. Die sächsische Revolution war in ihrer Struktur eine kommunale Bewegung, aufgegliedert in einzelne städtische Handlungsfelder von unterschiedlicher Größe und Wertigkeit und zusammengehalten durch die überkommene Organisation der Landeskirche, natürlich auch durch die Nachrichtenmedien, die für die Kenntnis der übergreifenden Zusammenhänge sorgten. Die Stadtkirche stand mit einem Male wieder im Mittelpunkt des öffentlichen Lebens, in ihr versammelte sich die Bürgergemeinde, um hier ihre Anliegen voranzutreiben, Gemeinschaft zu erleben und sich zu vergewissern.

Wenn man die friedliche Revolution des Herbstes 1989 als ein städtisches Ereignis begreifen will, dann gehört dazu auch die Beobachtung, dass in ihrem Verlauf wieder uralte, elementare Formen bürgerlicher Organisation aufgetreten sind, wie sie von Anbeginn der europäischen Stadtgeschichte üblich waren. Die sich bildende Stadtgemeinde setzte dem vertikalen Prinzip der feudalen Herrschaft mit ihren Beziehungen von Herrschen und Dienen das horizontale Prinzip der Genossenschaft mit der Gleichheit aller Glieder und ihrer Verantwortung für das Ganze entgegen. Die realsozialistische Gesellschaft in der DDR hatte erneut eine vertikale Struktur ausgebildet, die unter dem verlogenen Etikett des demokratischen Zentralismus ein streng hierarchisch aufgebautes System von Befehl und Gehorsam von oben nach unten darstellte. Im Blick auf die Fortschritte, die mit der europäischen Aufklärung, dem Liberalismus und den Errungenschaften der bürgerlich-demokratischen Bewegung seit dem

18. Jahrhundert erzielt worden waren, war das ein völlig unzeitgemäßer Zustand, gegen den sich jeder freiheitlich-demokratische Sinn aufbäumen musste. In der damaligen DDR hatten sich neben dem rein autoritär gelenkten Staats- und Parteiapparat und den von ihm völlig abhängigen Massenorganisationen allein in der evangelischen Kirche demokratische Organisationsformen und Denkweisen erhalten. Bischöfe und Pfarrer wurden gewählt, Synoden setzten sich als gewählte Körperschaften aus Vertretern unterschiedlicher Meinungen und kirchlicher Richtungen zusammen, die freie Diskussion und das Ringen um die Wahrheit beherrschten die Gespräche von Kirchenleitungen, Gemeindeversammlungen und die kirchliche Ausbildung. So stand dem starren, geschlossenen System von Staat und Partei eine Offenheit des Denkens gegenüber, wie sie europäischer Urbanität entspricht.

An der Basis der Kirche war ein Leben in den Kirchgemeinden im Gange, das mit den mancherlei Gruppen die Vielfalt der Gesellschaft widerspiegelte. Wo charismatisch begabte Jugendpfarrer und Jugendwarte am Werk waren, entfalteten die Jungen Gemeinden ein reiches Angebot für die Freizeitgestaltung, das der staatlich gelenkten FDJ als der einzigen zugelassenen Jugendorganisation überlegen war und ihr ernsthafte Konkurrenz machte. Die kirchliche Männerarbeit behandelte in Gemeindevorträgen und Rüstzeiten gesellschaftspolitische Themen aus der Sicht der Kirche, gab christlichen Unternehmern Orientierungshilfen in ihrer bedrängten Lage und ging auf das Umweltproblem ein, das in der Öffentlichkeit der DDR grundsätzlich nicht erörtert werden durfte. Es bildeten sich Öko-Gruppen, die Baumpflanzaktionen und Messungen über die Verschmutzung der Luft und der Gewässer durchführten und die gewonnenen Ergebnisse im Rahmen des Möglichen veröffentlichten. Die evangelische Kirche war die einzige Gegenöffentlichkeit gegen das von der SED beanspruchte Monopol auf die Vertretung der Gesellschaft, sie bot Alternativen zur Orientierung an, stärkte damit das kritische Potential im Lande und regte zu verantwortlichem Handeln an.

Die gleiche Wirkung ging auch von den in vielen Kirchgemeinden bestehenden Hauskreisen aus, in denen sich geistig interessierte Menschen regelmäßig zusammenfanden, um in einer Kultur bürgerlicher Geselligkeit sich im Gespräch über alle denkbaren Fragen auszutauschen. Sie bildeten kleine Zellen einer privaten Gegenkultur zu gegenseitiger Vergewisserung und zur Einübung in alternatives, nonkonformes Denken, Reden und Handeln. Das dürfte für die Frage nach den Antrieben für die friedliche Revolution besonders wichtig sein, dass die Kirche in einer monolithisch konstruierten Gesellschaft als einzige Alternative Orientierungshilfen für kritische Geister anbot, die dann je auf ihrem Posten zum Handeln ermutigt wurden. Allein die Bewahrung traditioneller Werte und die Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegen die ideologische Manipulation war eine Leistung, die der friedlichen Revolution die Wege ebnete.

Die oben bereits angesprochene Rolle der kirchlichen Jugend hat in den achtziger Jahren zwei aufsehenerregende Zeichen des zivilen Ungehorsams an den Tag gebracht. Das erste war der in der kirchlichen Jugendarbeit Sachsens seit 1967 umgehende Gedanke, wahlweise zum Wehrdienst in der NVA mit der Waffe einen „sozialen Friedensdienst" einzuführen. Er gelangte 1981 an die Öffentlichkeit in Form eines Aufrufs, den der Pfarrer Dr. Christoph Wetzel als Superintendent von Dresden-Nord und die beiden Dresdner Pfarrer Christian Burghardt und Christoph Wonneberger verantworteten. Da die staatlichen Stellen nicht darauf eingingen, begann der Landesjugendpfarrer der sächsischen Landeskirche Harald Bretschneider angesichts des Pflegenotstandes und des Drängens der Jugendlichen 1987 mit 15 jungen Männern aus eigenem Antrieb und ohne Genehmigung einen solchen Einsatz am Dresdener Krankenhaus Friedrichstadt vorzubereiten. Es gehört in denselben Zusammenhang, dass im Gebiet der sächsischen Landeskirche im Vergleich mit anderen Gebieten in der DDR die meisten jungen Christen den Dienst mit der Waffe verweigerten und sich als Bausoldaten in die kirchliche Friedensbewegung einordneten. Damit brach eine geistliche Entwicklung auf, in welcher der Glaube seine soziale Konsequenz offenbarte. Die Inspiration durch das Evangelium brachte eine gesellschaftliche und politische Dimension.

Das zweite Zeichen dieser Art war die in hohem Maße öffentlichkeitswirksame Annahme der Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“, mit der die kirchliche Jugendarbeit in den von der SED „gepachteten“ „Kampf um den Frieden“ eindrang und als unerwünschte Konkurrenz auftrat, allerdings in einem völlig anderen Geiste. Zur Friedensdekade 1980, die alljährlich vom drittletzten Sonntag des Kirchenjahres bis zum Buß- und Bettag eine verstärkte kirchliche Friedensarbeit zum Inhalt hatte, entwarf der Landesjugendpfarrer Harald Bretschneider im Jahre 1980 ein Lesezeichen zum Verkauf, auf dem neben dem Satz „Frieden schaffen ohne Waffen“ das von der Sowjetunion für das Gebäude der Vereinten Nationen in New York gestiftete Denkmal abgebildet war, das einen Schmied beim Umschmieden eines Schwertes zu einer Pflugschar zeigt. Ein Jahr später ließ der eben genannte Landesjugendpfarrer 200.000 Aufnäher mit dem gleichen Bildmotiv und dem Spruch „Schwerter zu Pflugscharen“ herstellen, die massenhaft verbreitet , von kirchlich gesinnten Jugendlichen demonstrativ in der Öffentlichkeit getragen wurden und zugleich eine höchst nervöse Reaktion des Regimes zur Folge hatten. Staatliche Sicherheitskräfte veranstalteten regelrechte Jagden auf solche junge Leute und zwangen sie auf der Stelle, den Aufnäher von ihrer Kleidung zu entfernen, wodurch die ganze Sache nur noch interessanter wurde. Die staatlichen Organe selbst haben mit ihrer hektischen Reaktion dafür gesorgt, dass aus dem Tragen der Aufnäher und dem folgenden Verbot eine Kampagne wurde, in der sich die innere Stärke oppositionellen Denkens und Handelns ausdrückte. Die Herstellung der Aufnäher lief in den Werkstätten der Brüdergemeinde im sächsischen Herrnhut. Da es sich um ein textiles Erzeugnis handelte, war keine Druckgenehmigung notwendig gewesen, so dass der provozierende Satz an der staatlichen Kontrolle vorbei 200000-mal gedruckt werden konnte. Auch ein totalitäres System hat seine Lücken.

Das SED-Regime hatte sich mit seiner Friedenspropaganda ein Thema zu eigen gemacht, das nach dem Erlebnis zweier Weltkriege in Deutschland auf jeden Fall Widerhall fand, mit dem es sich vor der Weltöffentlichkeit als friedliebende Macht darzustellen bemüht war und das ihm bei jedem gutgläubigen Menschen Zustimmung verschaffen konnte. Im Wechsel der vielen Agitationsthemen, wie sie von totalitären Systemen zur unaufhörlichen Mobilisierung der Massen eingesetzt wurden, war der „Kampf um den Frieden“ das Kontinuum. Nur der Sozialismus sicherte den Frieden, nur die DDR war der deutsche Friedensstaat, von dem aus die Hauptgegner beständig als Feinde des Friedens verleumdet wurden: die USA, die Bundesrepublik, die NATO, die „Imperialisten“, die Kapitalisten, die „rechten SPD-Führer“. Vom Kindergarten an bis in die mancherlei Ausbildungs- und Schulungsgänge, denen ein Bewohner der DDR unablässig ausgesetzt war, ging auf ihn ein Trommelfeuer der gelenkten Friedenspropaganda nieder, deren Unwahrhaftigkeit und Verlogenheit allerdings für jeden kritischen Menschen auf der Hand lag. Die Militarisierung des öffentlichen Lebens, die vormilitärische Ausbildung von Studenten und Studentinnen, der Wehrkundeunterricht in den Schulen und das betonte Auftreten der Nationalen Volksarmee in der Öffentlichkeit redeten da eine andere Sprache.

Es war eine der großen Leistungen der Kirche, dass sie die Unehrlichkeit dieser zutiefst widersprüchlichen Friedenspropaganda aufdeckte und ihr mit dem biblisch begründeten Zeugnis den Geist des wahren Friedens entgegenstellte, der bis in die Drangsalierungen der zu Zuchthausstrafen verurteilten christlichen Wehrdienstverweigerer bewusst gelebt wurde. Das griechische Wort Martyros heißt weiter nichts als Zeuge. Aus diesem Geist heraus wurde in der an sich völlig bedeutungslosen sächsischen Kirchgemeinde Königswalde bei Werdau seit 1973 jährlich zweimal ein Friedensseminar abgehalten, das die zum Zeugnis bereiten jungen Menschen aus der sächsischen Landeskirche zusammenführte. In Meißen entstand 1974 eine gleiche Einrichtung. Seit 1979 trafen sich jährlich einmal die Mitglieder dieser Gruppen, womit die Vernetzung als Voraussetzung für eine umfassendere Wirksamkeit zustande kam. Die sächsischen Anstöße führten schließlich zu einem über die Landeskirche hinausgehenden ersten Treffen in Eisenach im Jahre 1983. So wurde von unten her im Geist und mit dem Wort

eine Alternative gegen das herrschende Regime aufgebaut, nicht polemisch, nicht mit den Methoden der Konspiration, sondern im Dienste der Wahrheit. Aus solchen spontanen Keimen wuchs die Fähigkeit zum selbstständigen Denken, die Bereitschaft zur Kritik und zur Tat. Der im Herbst 1989 an die Spitze des katholischen Bistums Berlin berufene Bischof Sterszinsky hat damals öffentlich erklärt, der Aufbruch zur friedlichen Revolution sei das Verdienst der evangelischen Kirche, die allein diese Last getragen habe. Er hat damit die Wirklichkeit gekennzeichnet, denn in der lutherischen Theologie ist der Wille zu verantwortlicher Weltgestaltung angelegt und die evangelischen Kirchengemeinden waren in ihrer volkskirchlichen Tradition in der Lage, eine machtvolle Bewegung zu tragen, die Zeugnis und Dienst zu leisten imstande war.

Der aus der Bürgerbewegung hervorgegangene letzte Außenminister der DDR und Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei Markus Meckel hat aus dem Rückblick nach zehn Jahren über die Bedeutung der Gruppen Folgendes geschrieben: „So führte diese politische Arbeit zunehmend zu einer kritischen oder ablehnenden Haltung gegen das System der SED-Herrschaft. Die meisten dieser oppositionellen Gruppen trafen sich in Kirchen, verstanden sich als Teil der Kirche oder hatten engen Kontakt mit Kirchen, welche ja die einzigen unabhängigen Institutionen in der DDR waren. Diese politischen Gruppen hatten eine nicht zu unterschätzende Funktion zur Selbstvergewisserung, als Informationsquellen für das Gespräch und die Durchdringung der Probleme, etwa im Sinne politischer Bildung. Sie waren für den Einzelnen wichtig, der hier Hilfe, einen Zusammenhalt und eine Stütze fand, um in konkreten Situationen auch ‚NEIN' zu sagen. Sie waren gewissermaßen Schulen des aufrechten Gangs. Gerade diese die einzelnen Menschen in ihrem Alltag begleitende und stützende Dimension der Gruppen machte ihre Stärke aus."

Diese Einschätzung ist wichtig und durchaus zutreffend. Die Menschen in den sächsischen Großstädten haben die Revolution nicht kommen sehen und nicht auf sie hingearbeitet, aber als die Zeit dafür reif war, wussten sie das Rechte zu tun und besaßen den Erfindungsreichtum, der in jeder neuen Augenblickslage notwendig war, um die Bewegung voranzubringen. Das gilt für Dresden, wo die legendäre Gruppe der Zwanzig in einer zugespitzten Lage aus einer Massendemonstration heraus das Gespräch mit dem Oberbürgermeister erzwang, und für Leipzig, wo eine kleine Gruppe um den Gewandhauskapellmeister Masur in der höchst bedrohlichen Situation des 9. Oktober die Entspannung herbeiführte. Hier waren Menschen gefordert, die Ideen hatten, dabei aber das Ganze nicht aus den Augen verloren. Hier war bürgerlicher Gemeinsinn am Werke, der allen Bestrebungen des totalitären Systems zur geistigen und moralischen Gleichschaltung getrotzt hatte und wieder lebendig wurde, als seine Stunde geschlagen hatte.

Der in Sachsen großgewordene und bis zu seiner zwangsweisen Ausbürgerung mit starker Breitenwirkung aufgetretene regimekritische Schriftsteller Reiner Kunze hat in seiner gedrängten treffenden Sprache diesen Sachverhalt in wenigen Zeilen ausgedrückt:

Auf einen Vertreter der Macht oder
Gespräch über das Gedichteschreiben.

Sie vergessen, sagte er, wir haben den längeren Arm.
Dabei ging es – um den Kopf.

Dieser tiefernste und doch in seiner schlagenden Logik fast komisch-erheiternd wirkende Gedankengang unterstreicht die Leistung des Kopfes, des Geistes, des Wortes. Non vi, sed verbo – nicht mit Gewalt, sondern durch das Wort hatte Martin Luther im 16. Jahrhundert die Kirche erneuert und Anstöße für Veränderungen der weltlichen Dinge gegeben. Das war ihrem Ursprung nach eine „sächsische" Reformation, ausgegangen von der sächsischen Universität Wittenberg, entstanden in der Hauptstadt des Kurfürstentums Sachsen, gefördert von den sächsischen Kurfürsten und maßgeblich von ihnen auf der Reichsebene durchgesetzt. Wittenberg lag am nördlichen Rande des damaligen Sachsen. Als Luther in die Stadt kam,

drückte er seine Verwunderung darüber aus, dass es hier eine Universität gab, denn die Wittenberger lebten seinem Eindruck nach „an den Grenzen der Zivilisation“, und wären sie noch ein wenig weiter vorgerückt, dann wären sie mitten in die Barbarei geraten. Aus dem Raum nördlich von Wittenberg sind der Wirksamkeit Luthers keine religiösen oder geistigen Anstöße zugeflossen, alle Kräfte, aus denen die lutherische Reformation aufwuchs, kamen aus Mitteldeutschland mit dem kraftvollen Bürgertum seiner Städte, seiner gut ausgebildeten Urbanität, seinen Universitäten und Lateinschulen und einer über das Erzgebirge ausgebreiteten Bergbaulandschaft, die als wirtschaftlicher Innovationsraum über ein Potential an technischen und wissenschaftlichen Errungenschaften, aber auch an sozialer Lebendigkeit und Unruhe verfügte, das sich als Nährboden für die schnelle Verwurzelung der neuen Lehre und als Schubkraft für ihre weitere Ausbreitung erwiesen hat.

Es mag als verwegen, vielleicht sogar als anmaßend erscheinen, die in Sachsen aufgebrochene Reformation des 16. Jahrhunderts mit der von Sachsen ausgegangen friedlichen Revolution von 1989 in einem Atemzug zu nennen. Aber der Vergleich bietet sich bei einer strukturgeschichtlichen Betrachtung an. In beiden Fällen handelt es sich um das Aufbegehren bürgerlichen Geistes gegen ein erstarrtes, nicht mehr reformfähiges System und um den gewaltlosen Kampf mit den Waffen des Geistes. Die innere Beziehung zwischen beiden Bewegungen ergibt sich aus der ungewollten, aber unvermeidlich gewordenen Führungsrolle der lutherischen Landeskirche Sachsens, ohne deren Geburtshilfe die dramatisch gesteigerten und doch friedlich verlaufenen Vorgänge in Dresden und Leipzig nicht denkbar sind. Damit wurde über fast fünf Jahrhunderte hinweg die Tradition der lutherischen Reformation im Jahre 1989 in einem völlig anderen zeitgeschichtlichen Umfeld wieder lebendig gemacht.

Über die Weltwirkung der Reformation besteht heutzutage völlige Klarheit. Dass der Zusammenbruch des sowjetischen Weltsystems mit seiner in den siebziger Jahren zur Schau gestellten Siegesgewissheit auf eine sozialistische Welt der Zukunft hin ebenfalls eine weltgeschichtliche Bedeutung besitzt, ist in den seither verflossenen zehn Jahren gewiss geworden. Man kann sich eine Reformation ohne Luther und ohne den sächsischen Ursprungsherd vorstellen, aber ihr hätte die menschliche Mitte des Reformators und die Antriebskraft aus den reifgewordenen gesellschaftlichen und geistigen Verhältnissen in der Breite des damaligen mitteldeutschen Raumes gefehlt, sie hätte einen anderen Verlauf genommen. Es lässt sich ein Ende des Sowjetsystems ohne Leipzig und Dresden denken, aber darin hätte es nicht die menschliche Schubkraft der Hunderttausenden sächsischen Demonstranten gegeben, die „ohne Gewalt“, ohne Barrikaden, Zerstörungen und Blutvergießen nur durch das Wort ein machtvolles System zu Fall gebracht und damit einen neuen Stil in das Revolutionsgeschehen gebracht haben, der Nachahmung finden wird. Ohne den richtungweisenden Anstoß aus Sachsen wäre die Auflösung des Ostblocks anders, vielleicht gewalttätig und blutig verlaufen.

Ein Beitrag zu einer wissenschaftlichen Tagung hat sich an das vorgegebene Rahmenthema zu halten, das im vorliegenden Falle dem Verhältnis von Stadt und Revolution gewidmet ist. Die geographische Einengung auf das Land Sachsen ergab sich einmal wegen dessen führender Rolle in der friedlichen Revolution des Jahres 1989, zum andern aber zugleich aus der hochentwickelten Urbanität dieses Landes, die als tragende Kraft der Revolution gekennzeichnet werden konnte. Damit ergab sich aber von der Verlaufsgeschichte her als dritter Gesichtspunkt die lutherische Tradition als ein wesentlicher Faktor für eine Revolution, die aus den besonderen Gegebenheiten Sachsens entstanden ist. Sie ist in ihren Anfängen durch die drei Eigenschaften sächsisch, städtisch und lutherisch gekennzeichnet, die wiederum untereinander in enger Beziehung stehen.

Literaturhinweise

Der vorstehende Text ist in Anlehnung an den unter gleicher Überschrift gehaltenen Vortrag vor dem Südwestdeutschen Arbeitskreis für Stadtgeschichte am 15. November 1998 in Mannheim niedergeschrieben worden. Er stützt sich auf eigenes Erleben des Verfassers als Dozent für Geschichte am Theologischen Seminar Leipzig und Mitarbeiter im Landeskirchenamt der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens vom 1. Januar 1969 bis 31. Oktober 1992 und beruht auf den dabei gewonnenen Erfahrungen im Spannungsfeld zwischen der ständigen Begegnung mit kirchlichen Theologiestudenten, regimekritischen Theologen, kirchenleitenden Persönlichkeiten, dem Kirchenvolk im Bereich der sächsischen Landeskirche in den Gemeinden und staatlichen Dienststellen in Leipzig, Dresden und Berlin.

Karlheinz BLASCHKE, Eigenarten und Leistungen sächsischer Landesgeschichte, in: Jahrb. f. Regionalgesch. 14 (1987), S. 35 – 54.

Karlheinz BLASCHKE, Ich bleibe. Betrachtungen eines DDR-Historikers zum 40. Jahrestag der DDR, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 231 vom 5. Oktober 1989, S. 14.

Karlheinz BLASCHKE, Ein deutscher Frühling im Herbst. Rückblick und Ausblick: Die sanfte Revolution in Sachsen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 285 vom 8. Dezember 1989, S. 36.

Karlheinz BLASCHKE, Geschichtswissenschaft im SED-Staat. Erfahrungen eines „bürgerlichen“ Historikers in der DDR, in: Aus Pol. u. Zeitgesch. B 17 – 18/92 (17. April 1992), S. 14 – 27.

Karlheinz BLASCHKE, Reformation und Modernisierung, in: Hans R. GUGGISBERG u. a. (Hg.): Die Reformation in Deutschland und Europa. Interpretationen und Debatten, Gütersloh 1993 (= Archiv f. Reformationsgesch., Sonderbd.), S. 511 – 520.

Karlheinz BLASCHKE, Die Anfangsjahre des Theologischen Seminars (1964 – 1970), in: Vier Jahrzehnte kirchlich-theologische Ausbildung in Leipzig. Das Theologische Seminar/Die Kirchliche Hochschule Leipzig, hg. von Werner VOGLER, Leipzig 1993, S. 21 – 32.

Karlheinz BLASCHKE, Formen des Widerstandes in der DDR, in: Der Umbruch in Osteuropa, hg. von Jürgen ELVERT, Michael SALEWSKI, Stuttgart 1993 (Hist. Mitt., Beiheft 4), S. 65 – 81.

Karlheinz BLASCHKE, Zwischen Rechtsstaat und Sowjetsystem – Der Sächsische Landtag 1946 – 1952, in: Symposium anlässlich des 50. Jahrestages der Konstituierung eines sächsischen Landtags am 22. November 1946, Dresden 1996 (= Veranstaltungen d. Sächs. Landtags, H. 13), S. 24 ff.

Karlheinz BLASCHKE, Sachsens geschichtlicher Auftrag. Zum 100. Jahrestag der Gründung der Sächsischen Kommission für Geschichte, in: Neues Archiv f. sächs. Gesch. 68 (1997), S. 277 – 312; auch in: Jahrb. f. Regionalgesch. u. Landeskd. 21 (1997/98), S. 21 – 47.

Karlheinz BLASCHKE, Als bürgerlicher Historiker am Rande der DDR. Erlebnisse, Beobachtungen und Überlegungen eines Nonkonformisten, in: Historiker in der DDR, hg. von K. H. POHL, Göttingen 1997, S. 45 – 93.

Günter KRUSCHE, Das ökumenische Engagement des Bundes der evangelischen Kirchen in der DDR, S. 145 – 155, in: Protestantische Revolution? Kirche und Theologie in der DDR. Ekklesiologische Voraussetzungen, politischer Kontext, theologische und historische Kriterien. Vorträge und Diskussion eines Kolloquiums in München 26. – 28.3.1992, hg. von Trutz RENDTORFF, Göttingen 1993.

Rolf MÜLLER-SYRING, „ ... von Natur tätig und industriös ...“. Die Wirtschafts- und Arbeitskultur der Erwerbsbevölkerung Sachsens, Leipzig 1994 (= Schriften d. Inst. f. Wirtschaft u. Gesellschaft Bonn).

Jörg SWOBODA (Hg.), Die Revolution der Kerzen. Christen in der Umwälzung der DDR, Wuppertal 1990.